

# Basisdemokratisches Bündnis

*fragend schreiten wir voran*



## → Studiengebühren oder warum es keine »Hochschulpolitik« gibt...

*Die drastischen Kürzungen, die uns derzeit an der Uni ins Haus stehen zeigen in extremer Weise einmal mehr, dass die Hochschulen kein von der Gesellschaft abgekoppelter Elfenbeinturm sind. Pläne zu Schließungen ganzer Fachbereiche und Studiengebühren von 500 bis 1000 Euro für alle liegen auf dem Tisch.*

Die Gründe für die Veränderungen an der Hochschule können nur verstanden werden über eine Analyse der gesamtgesellschaftlichen Vorgänge und Verhältnisse. Denn schließlich ist die Uni in die Gesamtgesellschaft eingebettet.

Dazu gehört es beispielsweise, den kollektiven Wahn der „Sparlogik“ zu durchbrechen. Woran liegt es denn, dass zur Zeit die öffentlichen Kassen leer sind? Wie kann es sein, dass einerseits die Möglichkeiten, Gebrauchsgüter und Dienstleistungen herzustellen, zunimmt und sich gleichzeitig alle immer mehr einschränken sollen? Und wie hängt das mit sinkenden Spitzensteuersätzen und steigenden Gewinnerwartungen der Unternehmen zusammen?

Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist doch: Was sind die gesellschaftlichen Umstände, die dazu führen, dass uns an der Uni der Hals zugeschnürt wird? Solange dieser Zusammenhang zwischen Hochschule und Gesellschaft nicht gesehen oder ausgeblendet wird, kann studentische Politik nicht erfolgreich sein.

## Editorial

„fragend schreiten wir voran“ ist das Motto, dass wir dieser Publikation vorangestellt haben. Dabei geht es darum, der um sich greifenden Verschlechterung der Lebensverhältnisse gemeinsam etwas entgegen zu setzen. Dazu gehört auch sich selbst und die eigenen Gewissheiten in Frage zu stellen.. Dieses Vorgehen hebt sich von Politik-Konzepten ab, die meinen, alle um sie herum belehren zu müssen. Ursprünglich stammt diese Formulierung von der zapatistischen Befreiungsbewegung in Mexiko, ist aber inzwischen Kennzeichen für undogmatischen Sozialprotest weltweit.

Das Basisdemokratische Bündnis lehnt sich bewusst an diese Vorstellung gemeinsamer politischer Praxis an. Es geht uns darum, möglichst viele Studierende an Informationsaustausch, Meinungsbildung und Entscheidungsfindung zu beteiligen. Dafür steht die Bezeichnung „basisdemokratisch“. Das grenzt sich von den an der Uni üblichen Verfahren ab. Uni-Politik wird hier als lebensfernes Konzept gestaltet. Informationen über das, was etwa im „Studierendenparlament“ passiert, sind allerhöchstens mit viel Mühe und einem halben Jahr Verspätung im Internet zu bekommen – und nicht über Aushänge in allen Fakultäten. Resolutionen für einen Erhalt oder eine Verbesserung von Studienbedingungen werden in kleinen Zirkeln abgestimmt, ohne dass die Uni-Öffentlichkeit davon Kenntnis bekommt.

Unser Ziel ist es, das zu ändern und den Informationsfluss in die Uni hinein zu verbessern. Wir wollen helfen, eine lebhaftige Diskussion darüber zu ermöglichen, wie wir uns in der jetzigen Situation am sinnvollsten Verhalten können.


Darum haben wir am Hefrand einige Hinweise zum Weiterlesen für Euch. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, über die angegebene Adresse mit den AutorInnen Kontakt aufzunehmen und gegebenenfalls weiterzudiskutieren.


Viel Spaß beim Lesen

## Inhalt

Studiengebühren oder warum es keine »Hochschulpolitik« gibt.....	1
Antisemitische Veranstaltung – Stupa schweigt.....	3
Geld, Gold und Glück? Studiengebühren gestern, heute und morgen - Versuch einer Kritik. 4	
Auf nach Norwegen.....	5
Was tun wenn's immer Dicker kommt?.....	6
Bologna oder Frikassee.....	7

Zum Vergleich unterschiedlicher Auffassung von Wissenschaft und Handlungsmöglichkeiten als StudentIn:

 **Andrea Gabler: Sturm im Elfenbeinturm.** - Positionen des Göttinger AStA zu Wissenschaftsbetrieb und politischem Mandat von 1967 bis 1987. (Göttingen 1993)

 vgl. dazu den Artikel „Antisemitische Veranstaltung – StuPa schweigt“ (S. 3)

Letztendlich wird sich herausstellen, dass eine verkürzte Analyse und eine auf die UNI an sich begrenzte Kritik uns nicht zu einer Verbesserung unserer Situation führen kann. Wer es problematisch findet, das an der Uni die Gelder gekürzt werden, Rüstungsausgaben in Milliardenhöhe aber nicht in Frage stellt, der beschränkt uns in unseren Möglichkeiten. Unser Denken darf nicht an der Campusgrenze aufhören, denn die Vorgänge außerhalb des Campus bestimmen die Struktur des Raumes innerhalb des Campus.

Auch StudentInnen sind nicht nur StudentInnen sondern auch Teil der Gesamtgesellschaft. Als solche Mitglieder der Gesamtgesellschaft haben wir ein Recht auch in unserer Teilidentität als StudentIn auf gesellschaftliche Strömungen und Veränderungen Einfluß zu nehmen. Wer in den Genuss von mehr Bildung kommt, dem erwächst daraus vielmehr sogar so etwas wie eine Verantwortung für die Gesellschaft.

Warum sollen Studentinnen - z.B. die Bios, sich nicht kritisch mit Fragen der Gentechnik oder des Klimawandels befassen, und sich dafür einsetzen, dass eine kritische Behandlung dieser Inhalte sich auch in den Lehrplänen niederschlägt. Fragt doch mal einen vom ADF, was los ist, wenn das Ozonloch direkt überm Stupa steht: Ob das dann Allgemein- oder Hochschulpolitik ist?

Warum sollen Studentinnen - z.B. die in der Physik - sich nicht kritisch mit Fragen der Kernenergie befassen - oder sollen sie erst noch ein paar Jahre warten? Der nächste Super-Gau wird kommen, jedenfalls mit einer nicht zu vernachlässigenden Wahrscheinlichkeit. Wenn dann Strahlung auf den Mensatischen gemessen wird (so wie nach Tschernobyl), ist das dann ein Hochschulpolitisches oder allgemeinpolitisches Problem?

Warum sollen Studentinnen - z.B. an der juristischen Fakultät - sich nicht mit den juristischen Aspekten der Atomkraft auseinandersetzen – es gab hier mal einen Lehrstuhl für Atomrecht.

Warum sollen sich Studentinnen - z.B. angehende Medizinerinnen – nicht mit der Bedeutung des derzeit ablaufenden Sozialabbaus im Gesundheitswesen auseinandersetzen dürfen?

Warum sollen Studentinnen - z.B. Sowis, Politik- oder Geschichtswissenschaftlerinnen sich nicht mit Neofaschismus und rassistischen oder antisemitischen Tendenzen in der Gesellschaft und an der Uni auseinandersetzen dürfen. Erst kürzlich wurde der antisemitische Ex-General

Günzel von einer national-konservativen Burschenschaft nach Göttingen eingeladen.

Warum sollen sich Studentinnen - z.B. die Wiwis – nicht kritisch mit der ökonomischen Verfasstheit dieser Gesellschaft auseinandersetzen, wo doch bereits ökonomisch begründete Sparmaßnahmen die Uni erfassen. Warum soll man als WiWi nur die heilige Neoklassische Lehre, wie sie vom Katheder gelehrt wird, in religiös anmutender Gläubigkeit nachbeten? Glauben die Vertreter der neoklassischen Wirtschaftslehre und deren Konsumenten angesichts einer strukturellen Arbeitslosigkeit von 4 Mio. Menschen und der damit einhergehenden, immer weiter voranschreitenden sozialen Desintegration von nennenswerten Teilen der Gesellschaft, dass auf eine Kritik dieser führenden ökonomischen Lehren verzichtet werden könne?

Hochschulgruppen, die die in diesem Sinne noch vorhandenen kritischen Ansätze nicht unterstützen, sondern im Gegenteil denunzieren, können nicht wirkungsvoll studentische Interessen vertreten.

Es stellt sich die Frage, ob die bewusste Ausblendung dieser Zusammenhänge nicht der politischen Gesinnung dieser Gruppen, also etwa der ADF oder des RCDS geschuldet ist, so unpolitisch auch immer sie sich geben möchten:

Es ist eine politische Aussage zu sagen

„Kürzungen sind in Ordnung, aber bloß nicht in Göttingen, lieber in Vechta.“

Politische Aussage: Gekürzt werden muss, weil wir unter anderem damit einverstanden sind, dass die Vermögenssteuer abgeschafft ist und weil wir uns nicht gegen die permanente Senkung des Spitzensteuersatzes positionieren wollen.

Es ist eine politische Aussage zu sagen

„Die Kürzungen im Sozialbereich gehen uns nichts an.“

Politische Aussage: Kürzt bei meiner Oma (Rentnerin), bei Deiner kleinen Schwester (Kindergartenplätze), bei Deinem älteren Freund (arbeitsloser Akademiker).

Natürlich würden das die meisten, die die ADF unterstützen, niemals so deutlich zu Ende denken, geschweige denn öffentlich vertreten. Gerade deswegen ist es wichtig, sich klar zu machen, dass man auch so eine eindeutig unsoziale, ausgrenzende und damit implizit elitäre Einstellung unterstützt.

Nun rollen Sparmaßnahmen auf die Hochschulen zu und zwar von außen. Natürlich ist auch der scheidende Unipräsident Kern für Studiengebühren. Aber er hat sich die Sparbeschlüsse nicht ausgedacht. Die eigentlichen Problemgeneratoren liegen jedoch außerhalb der Uni.

In dieser Hinsicht können wir festhalten, dass eine studentische Vertretung StudentInnen nur dann tatsächlich

vertreten kann, wenn sie um die Uni herum nicht nur ein Vakuum sieht oder dieses künstlich-ideologisch konstruiert. Auch studentische Interessen können nur vertreten werden, wenn die Gesellschaft in der die Uni nun mal eingebettet ist, mit einbezogen wird.

[jahlbohn@gmx.de](mailto:jahlbohn@gmx.de)

## → Antisemitische Veranstaltung – Stupa schweigt

Für Mittwoch den 24. November hatte die Burschenschaft Holzminda den Ex-General Reinhard Günzel eingeladen. Günzel ist der ehemalige Chef des Kommando Spezialkräfte (KSK), einer Elite-Einheit der Bundeswehr. Ehemalig deshalb, weil er eine antisemitische Rede des CDU-Abgeordneten Martin Homann zum 3. Oktober (in der er sich über die "dunklen Flecken" in der Geschichte des jüdischen Volkes ausließ und im Zusammenhang der Verbrechen der Bolschewiken darüber philosophierte, wie das denn mit den Juden als "Tätervolk" sei) per Brief so kommentierte: "Eine ausgezeichnete Ansprache - wenn ich mir dieses Urteil erlauben darf - wie man sie mit diesem Mut zur Wahrheit und Klarheit in unserem Land nur noch selten hört und liest."

ZDF-Reporter veröffentlichten diesen Brief und so ist Günzel nun seit November 2003 unehrenhaft entlassen. Das stört ihn aber bestimmt nicht sonderlich, denn nun darf er endlich offen seine rassistische Geisteshaltung zur Schau tragen. So zum Beispiel, wenn er, wie der "Stern" meldet, als Redner bei einer Berliner Veranstaltung der rechtsextremen Wochenzeitung "Junge Freiheit" und des ihr nahe stehenden "Institut für Staatspolitik" antritt. (Die "Junge Freiheit" steht unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. Das "Institut für Staatspolitik" aus Sachsen-Anhalt wird vom Verfassungsschutz als "antidemokratisch" eingestuft). Im Interview mit der "Jungen Freiheit" beklagte sich Günzel, dass heute "Rechte" als Vaterlandsverräter gelten.

Ebenso redet Günzel auf Veranstaltungen des Deutschen Ritterordens – ein von Hitler gegründeter Verein besonders verdienter SS-Elitesoldaten. Und das ist für Günzel ganz normal, denn, so argumentiert Günzel vor einer Kamera, die KSK-Soldaten sind ja auch Elitesoldaten, wie es die SS-Soldaten auch waren.

Als Günzel nun also von der als national-konservativ geltenden Burschenschaft Holzminda eingeladen wurde, gab es einen Antrag im Studierendenparlament (Stupa), der AStA (bestehend aus ADF

und Jusos) möge doch gegen diese offen zur Schau getragene Verherrlichung des Nationalsozialismus zur Tat schreiten und gegen die Veranstaltung mobilisieren. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Begründung: Zu Antisemitismus und Verherrlichung des NS könne man stehen wie man wolle – mit studentischer Politik habe das allerdings nichts zu tun. Deshalb sei der Antrag aus formalen Gründen abzulehnen.


Ganz so, als wären Burschenschaften keine studentischen Verbindungen und Antisemitismus die Privatmarotte einiger Ewiggestriger. Was hieße es denn, das zu Ende zu denken? Auschwitz müsste in diesem Weltbild wohl als leider bedauerlicher Kollateralschaden einer Politik betrachtet werden, die ansonsten spurlos an den deutschen Universitäten vorbeigegangen ist. Aber so ist es eben gerade nicht: Burschenschaften sind eben Teil der Universität und als solche eben auch Teil studentischer Politik. Und Antisemitismus ist eben – ähnlich wie Rassismus – eine menschenverachtende Ideologie, unter deren Verdikt noch heute Menschen – auch in Deutschland – zu leiden haben. Warum wohl versteckt sich die jüdische Gemeinde in Göttingen in abgelegenen Hinterhöfen – und traut sich nicht, wenigstens ihren Namen ans Klingelschild zu schreiben? Solche Entwicklungen sind in der Verantwortung aller. Wegschauen ist auch eine Aussage!

Sehr passend dazu waren auch zwei Bemerkungen, die während der selben Sitzung des Stupa von Mitgliedern gefallen sind. So bemerkte AStA-Vorsitzender Daniel Flore, er habe sich noch nicht mit Rassismus an der Uni auseinandergesetzt und halte das auch nicht für nötig. Oder Christian Ziegenhorn, der einst Homosexualität als eine Art Behinderung bezeichnete, kontierte auf die Frage, das man mit einer solchen Einstellung ja jedes Thema abwürgen könne, grinsend mit einem kurzen und knackigen: „Richtig, das kann man.“


*Gute Nacht.*

[julian.bierwirth@gmx.de](mailto:julian.bierwirth@gmx.de) /  
[christina-kloekner@freenet.de](mailto:christina-kloekner@freenet.de)


Für alle, die tatsächlich glauben, an den Universitäten wäre der Nationalsozialismus spurlos vorbeigegangen, können wir dieses Werk empfehlen:

 *Bayer, Karen/Sparing, Frank/Woelk, Wolfgang: Universitäten und Hochschulen im Nationalsozialismus und in der frühen Nachkriegszeit.* (Stuttgart 2004)


Auch in Göttingen hatte der Nationalsozialismus Einfluss auf das universitäre Leben:

 *Dahms, Hans-Joachim/Becker, Heinrich (Hg.): Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus.* (München 1998)


Einen kurzen Abriss über das Leben nicht nur an der Uni während des Nationalsozialismus gibt es in diesem kleinen Heftchen:

 *Göttinger Geschichtswerkstatt: Göttingen im Nationalsozialismus. Ein Stadtrundgang*

Das Standardwerk zu deutschen Burschenschaften:

 *Heither, Dietrich: Verbündete Männer. Die Deutsche Burschenschaft - Weltanschauung, Politik und Brauchtum.* (Köln 2000)

Einen historischen Abriss über die Geschichte der deutschen Studentenverbindungen liefert dieses im Campus-Verlag erschienene Buch:

 *Kurth, Alexandra: Männer - Bünde - Rituale. Studentenverbindungen seit 1800.* (Frankfurt/New York 2004)

## → Geld, Gold und Glück? Studiengebühren gestern, heute und morgen - Versuch einer Kritik

*»Was verlangt man von einem Zeitalter, wenn man ihm seine Achtung und seine Bewunderung schenken soll? Man verlangt, dass Bildung, Weisheit und Tugend so mächtig und allgemein verbreitet als möglich, unter ihm herrschen. Man fordert auch, dass der Mensch seine Kraft noch der Nachkommenschaft einhauche, die er erzeugt. Denn nur so ist eine Fortdauer der einmal erworbenen Vorzüge möglich, und ohne diese, ohne den beruhigenden Gedanken einer gewissen Folge in der Veredlung und Bildung, wäre das Daseyn der Menschen vergänglich, als das Daseyn der Pflanze, die, wenn sie hinwelkt, gewiss ist, den Keim eines ihr gleichen Geschöpfs zu hinterlassen.«*  
(Wilhelm von Humboldt)

Es gibt im Netz einige sehr gute Zusammenfassungen der wichtigsten Argumente gegen Studiengebühren. Herausgeberin ist das "Aktionsbündnis gegen Studiengebühren", in dem u.a. der FZS (Freier Zusammenschluss der StudentInnenvertretungen), die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der Bund demokratischer WissenschaftlerInnen Mitglied sind, wurden die grundsätzlichen Argumente gegen Studiengebühren zusammengestellt.

### ☞ Argumente gegen Studiengebühren

[http://www.abs-bund.de/\\_blobs/72/407edaf8\\_1.pdf](http://www.abs-bund.de/_blobs/72/407edaf8_1.pdf)

### ☞ Gebühren für "Langzeit"-Studierende?

[http://abs-bund.de/\\_blobs/77/407ee160\\_1.pdf](http://abs-bund.de/_blobs/77/407ee160_1.pdf)

Eine umfangreichen und mit Zahlen gespickte Widerlegung des Arguments von den "sozialverträglichen Studiengebühren" von Torsten Bulthaupt (BdWi) gibt es unter:

### ☞ Unredliche Zahlenakrobatik

<http://www.jungewelt.de/beilage/art/651>

## Geschichte der Studiengebühren

Das erste Mal ernsthaft über die Einführung von Studiengebühren wurde in Göttingen vor etwa 15 Jahren spekuliert. Erbitterter studentischer Widerstand konnte sie damals noch verhindern. Es gab einen unglaublich entschlossenen Streik, an dem sich allein in Göttingen über 4000 Studierende aktiv beteiligten. Bei der landesweiten Abschlussdemo standen annähernd vierzigtausend (in Zahlen: 40.000!) Studierende auf den Göttinger Straßen. Als die ersten an der Uni ankamen, waren die letzten noch nicht am Neuen Rathaus losgegangen.

Einige Jahre später stellte sich die damalige Landesregierung etwas cleverer an. Zunächst kam sie auf die Idee, für das Studium zwar Geld zu nehmen, dabei aber nicht von „Studiengebühren“ zu sprechen. „Verwaltungskostenbeitrag“ nannte sich das Ganze und wird seitdem regelmäßig etwas erhöht. Danach führt sie nicht Studiengebühren für alle, sondern lediglich für die sogenannten „Langzeitstudierenden“ ein. Da breite Teile der Studierenden glaubten, sie selber würden ohnehin nie zu dieser Gruppierung gehören, war der Widerstand gegen dieses Unterfangen eher verhalten. Und schließlich kamen sie – die Langzeitstudiengebühren. Ab dem 14. Studiensemester dürfen wir nun alle 500 Euro abdrücken. 2 mal im Jahr.

Studiensemester, das heißt, wenn wir 14 Semester studiert haben. Wer also nach fünf Semestern Medizin auf den Trichter kommt, Biologie könnte doch besser sein, der hat für das Biologiestudium noch ganze neun Semester. Und das inklusive der Prüfungszeiten, die in den offiziellen Berechnungen oftmals nicht auftauchen.

## Was ist gerade angedacht?

Seit etwa anderthalb Jahren ist dann auch von der Einführung genereller Studiengebühren die Rede. Derzeit ist das nicht möglich, weil es ein Bundesgesetz gibt, das die Einführung allgemeiner Studiengebühren verbietet. Dieses Gesetz wird jedoch gerade vom Bundesverfassungsgericht (BVG) in Karlsruhe überprüft. Einige Bundesländer hatten geklagt, weil sie fanden, so was würde gegen das Grundgesetz verstoßen. Die Bundesregierung selber scheint diese Auffassung auch irgendwie zu teilen, denn Justizministerin Brigitte Zypries erwähnte nach der letzten Sitzung des BVG über die Stu-

diengebühren, sie glaube nicht, dass das Studiengebührenverbot Bestand haben werde.

Sollte das BVG nun auf die Idee kommen, diesem Gedanken Recht und der Klage stattzugeben, hat die niedersächsische Landesregierung schon ein entsprechendes Gesetz in der Schublade: Die einzelnen Universitäten sollen die Möglichkeit bekommen, Studiengebühren erheben zu können. Bis zu 1000 Euro sollen dann drin sein für die Unis. Das gerade die Uni Göttingen, die sich selbst als „Elite-Universität“ sieht, hier nicht weit unter dem Maximalsatz bleiben dürfte, scheint klar.

Dass Studiengebühren soziale Auslese vorantreiben und für viele Studierende schlicht nicht bezahlbar wären, hat bislang dafür gesorgt, dass die BefürworterInnen von Studiengebühren stets mit viel Widerstand rechnen mussten. Um diesen Widerstand zu brechen, kommen immer wieder neue Ideen und Konzepte auf, mit denen die Gegenargumente entkräftet werden sollen. Doch schon ein kurzer Blick auf diese Konzepte zeigt, dass da nicht viel dran ist.

## Zukunft der Studiengebühren

Oft zu hören ist die Meinung, Studiengebühren seien durchaus akzeptabel, wenn das Geld an den Universitäten verbleiben würde. Befürchtet wird, dass die Landesregierung einfach die Mittelzuweisungen an die Unis um den Betrag kürzt, den diese durch Studiengebühren reinkriegen. Dann bliebe am Ende alles beim alten – nur dass die Studis halt 500 bis 1000 Euro im Monat abdrücken dürfen.

So eine Argumentation fährt beispielsweise unser Uni-Präsident Horst Kern: Studiengebühren ja, aber nur wenn das meiner Uni Kohle bringt. Extra für ihn hat sich nun der Bildungsminister Lutz Stratmann einen ganz tollen Trick einfallen lassen: wir kucken einfach, wie groß der Anteil der Gelder für Unis an der Gesamtausgabemenge des Landes ist. Angenommen das wären 10%. Nun schreiben wir einfach diese 10% in der Verfassung als Mindestfinanzierung für die Hochschulen fest. Und führen hinterher Studiengebühren ein. Dann wäre gewährleistet, dass die Gelder tatsächlich bei den Unis landen.

Ein Rechenbeispiel: Nehmen wir an, der Gesamthaushalt betrüge eine Million Euro. Dann bekämen die Unis derzeit zehn Prozent, also 100.000 Euro. Jetzt kommt eine Landesregierung daher und

sagt: Okay, jetzt kürzen wir alle Posten um zehn Prozent (So ist ja die niedersächsische Landesregierung im letzten Jahr tatsächlich vorgegangen, das ist also ein durchaus realistisches Szenario). Dann betrüge der Gesamthaushalt nur noch 900.000 Euro. Die Unis bekämen weiterhin (verfassungsrechtlich zugesichert) zehn Prozent, diesmal allerdings nur noch 90.000 Euro. Wir sehen also: auch eine Verfassungsrechtliche Absicherung hilft nicht viel.

Ein weiteres Argument geht dahin, Studiengebühren in dem Fall gutzuheißen, wenn sie "sozial gerecht" seien, wenn also eine Benachteiligung sozial schwacher Menschen außer Frage steht. Hierzu gibt es dann die Idee, die Studiengebühren erst dann einzutreiben, wenn die Studierenden ordentlich Geld verdienen. Dadurch wären sie dann während des Studiums nicht belastet.

Da in einem solchen Modell die Universitäten die Mehreinnahmen erst nach Abschluss des Studiums bekommen würden und außerdem Verwaltungstechnisch mit dem Eintreiben der Gelder wohl überfordert wären, gibt es die Idee, die Finanzierung über Banken abzuwickeln. Diese sollen verzinste "Bildungskredite"

geben, und alles wird. Außer, das die Zinszahlungen an den Studis hängenbleiben. Und das damit natürlich vom ersten Semester an ein unglaublicher Druck da ist, auch wirklich nur das notwendige Minimum abzuleisten. Was der wissenschaftlichen Ausbildung nicht gerade zuträglich ist. Falls das Studium überhaupt begonnen wird - und die aufkommenden finanziellen Belastungen nicht ohnehin abschreckend wirken auf die, die ohnehin in prekären sozialen Verhältnissen aufgewachsen sind.

Wir sehen also: weder das die Unis mehr Geld bekommen noch das sich Studiengebühren sozial gerecht gestalten lassen, lässt sich tatsächlich real umsetzen. Was bleibt, ist das Ziel einer immer weitergehenden Durchkommerzialisierung des Studiums. Auch wenn die zu dem Gedanken von freier Wissenschaft und Lehre in absolutem Kontrast steht. Auf die Bedürfnisse der Studierenden wird dabei ebenso wenig Rücksicht genommen wie auch im übrigen Leben die Bedürfnisse der Menschen nicht viel zählen, sobald der gesellschaftliche Irrsinn, aus einem Euro zwei zu machen, in Frage steht.

[julian.bierwirth@gmx.de](mailto:julian.bierwirth@gmx.de)

*»Wissenschaft ist eine gesellschaftliche Produktivkraft, die, wenn sie nicht auf steigendem Niveau reproduziert wird, nicht einfach erhalten bleibt, sondern zerfällt. Eine Verringerung der Ausgaben in diesem Feld ist demnach ausgesprochen generationenegoistisch, da sie die Kosten für Bildung privatisiert und auf die Zukunft der einzelnen verlagert, während die gesellschaftlichen Zukunftsmöglichkeiten eher verschlechtert werden.«  
(Alex Dimirovic)*

☛ **Wissenschaft als Privateigentum:**

<http://www.linksnet.de/artikel.php?id=133>

Den Nachweis der Bundesregierung, das es sinnvoll ist, das viele Menschen studieren und Bildungsausgaben erhöht werden müssen, findet sich unter:

☛ **Bildung auf einen Blick 2004**

<http://www.bmbf.de/de/2994.php>

## ➔ Auf nach Norwegen

### *Das European Education Forum und die Folgekonferenz des Bolognaprozesses in Bergen*

Mit der europaweiten Einführung des Bachelor/Master-Systems, (siehe den Artikel „Bologna oder Frikassee“ S.7), wird auch für die Studierenden in Göttingen spürbar, dass das vermeintlich „Konkrete“ und „Lokale“ immer mehr von Entscheidungen abhängig wird, die auf globaler Ebene getroffen werden. Diese Globalisierung der Bildung vollzieht sich in einem atemberaubenden Tempo.

Das Ziel des European Education Forum (EEF) ist es hier mitzuhalten. Angestoßen von Studierenden aus NRW stellt es den Versuch dar, eine europaweite Vernetzung von Studierenden, Schülern, Lehrern und Unibediensteten herzustellen. Mittlerweile gibt es bereits in fast allen EU – Staaten Gruppierungen, die dieses Ziel unterstützen und die Teil des EEF sind. Anlässlich der Bolognaprozesskonferenz 2003 in Berlin hatte das EEF zeitgleich und am selben Ort seine erste Konferenz abgehalten. Insgesamt trafen sich 600 Studierende aus ganz Europa, um an einem Wochenende über Fragen der

Bildung und über die Pläne der Regierungen zu diskutieren. Die Bandbreite der erhobenen Forderungen war groß. Von der Forderung nach Mitgestaltung des einmal initiierten Prozesses, seiner grundsätzlicher Ablehnung bis hin zum Ruf nach der grundsätzlichen Abschaffung des Kapitalismus war alles dabei.

Das EEF selbst versteht sich nicht als politische Organisation, sondern als offenes Forum, das den Gruppen, die sich mit Bildung auseinandersetzen eine Plattform bietet, um europaweit einen Austausch von Meinungen, Analysen und Forderungen voranzutreiben. Die Teilnahme am Forum ist für alle Gruppen frei, die die demokratischen Grundsätze des EEF anerkennen. In der Grundsatzklärung des EEF heißt es dazu:

*„7. Ausgeschlossen sind Gruppen, die die demokratischen Grundsätze des EEF nicht anerkennen und z.B. rassistische, antisemitische, faschistische oder sexistische Positionen vertreten oder billigen.“*

Grundlage dafür ist eine gemeinsame Perspektive, die wie folgt vorgestellt wird:

*„11. Das EEF setzt sich als Perspektive, durch kritische Reflexion die Wahrnehmung von Bildung in der Gesellschaft zu verändern. Bildung darf nicht der Reproduktion von Eliten und der Schaffung von Humankapital für den Verwertungsprozess dienen, sondern soll den Menschen die Möglichkeit zur Emanzipation, Selbstverwirklichung und letztlich die Überwindung gesellschaftlicher Zwänge ermöglichen.“*

Vom 20. bis zum 22. Mai trifft sich das EEF nun das zweite Mal. In Bergen (Norwegen), zeitgleich mit der Folgekonferenz des Bolognaprozesses. Auf dieser soll eine Bestandsaufnahme der bisher erreichten „Fortschritte“ seit Bologna gemacht werden. Das EEF bietet also die Möglichkeit den europäischen KultusministerInnen vor Ort die Meinung zu sagen.

Angesichts der neuen globalen Entscheidungsstrukturen ist eine transnationale Zusammenarbeit der Studierenden nicht nur sinnvoll, sondern

notwendig. Wo Entscheidungen über unser Leben auf der Ebene der großen Wirtschaftsblöcke gefällt werden, dürfte die Fixierung am vermeintlich „Konkreten“ und „Loka-

len“, selbst noch an der nationalen Bildungspolitik, als ein Tanz der Narren ausfallen. Das EEF in Bergen könnte dieser Ort werden, an dem wir nicht nur unseren Protest sinn-

voll artikulieren, sondern auch die Globalisierung von unten betreiben könnten.

[eschmid@stud.uni-goettingen.de](mailto:eschmid@stud.uni-goettingen.de)



zum Weiterlesen:  
[www.eef2005.org](http://www.eef2005.org)

Die Kampagne vom FZS (und anderen Bildungspolitischen Organisationen) wird begleitet und dokumentiert auf der Seite.

Kein Spiel mit Bildung!  
[www.kein-spiel-mit-bildung.de](http://www.kein-spiel-mit-bildung.de)

Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), Freier Zusammenschluss der StudentInnenschaften (FZS) (Hg.):

Studiengebühren, Elitekonzep­tionen & Agenda 2010 (BdWi-Studienheft 2) ISBN 3-924684-93-6, April 2004, ca. 72 Seiten A4, 7,00 EUR

## → Was tun wenn's immer Dicker kommt?

*Die Einführung von allgemeinen Studiengebühren steht bevor, die europaweite Angleichung der Studiengänge (Bologna-Prozess, also die Ursache von Bachelor- und Master-Studiengängen) und die zunehmende Anpassung von Bildung und Wissenschaft an marktwirtschaftliche Prinzipien machen die Situation an der Uni immer unangenehmer. Gleichzeitig gibt es immer mehr Versuche, die Möglichkeiten, von Studierenden, sich dagegen zu wehren, einzuschränken. So hat zuletzt die Junge Union, der Jugendverband der CDU, auf der niedersächsischen Landesversammlung entsprechende Einschränkungen in der studentischen Selbstverwaltung gefordert. Ihr schwebt beispielsweise eine massive Einschränkung der finanziellen Ausstattung der Asten vor. Das hätte zur Folge, dass wir auch der letzten Möglichkeiten beraubt werden, unsere Interessen wirksam vertreten zu können.*

## Gegenwehr in Göttingen

Damit muss umgegangen werden. Gegen zunehmende Verschlechterungen gehört sich gewehrt, sollen sie verhindert werden. Entsprechend hat der Freie Zusammenschluss der StudentInnenschaften (FZS) als Dachverband am 17. November einen bundesweiten Aktionstag veranstaltet. In vielen deutschen Städten waren viele Studierende auf den Beinen, um ihren Unmut kund zu tun. In Göttingen gab es weder eine Mobilisierung für diese Aktionstag noch eine Aktion. Einzig der AStA stand im Mensa-Foyer und hat versucht „mit den Studierenden ins Gespräch zu kommen“, wie auf Nachfrage im Studierendenparlament erklärt wurde.

Dabei ist es sicherlich nicht schlimm, Informationsstände im Mensa-Foyer zu machen. Nur sind solche in aller Regel die Vorbereitung, um den Aktionstag bekannt zu machen und bei den Studierenden um Unterstützung und Teilnahme zu werben. Wenn „Aktionstage“ aber nur von einer kleinen, elitären Minderheit durchgeführt werden, wenn keine Informationen an die Studierenden weitergegeben werden, dann ist völlig klar, dass studentischer Protest nicht wahrgenommen wird und auch nicht erfolgreich ist.

Eine weitere Idee des FZS war es gewesen, eine Resolution zu erstellen und diese an den Universitäten in Vollversammlungen abzustimmen. In vielen Städten war das auch der Fall. In Göttingen

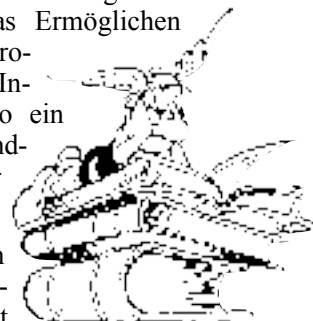
gab es natürlich keine Vollversammlung, entsprechend auch keine Information der Studierenden und keine Diskussion unter den Studierenden. Lediglich im Studierendenparlament wurde über die Resolution abgestimmt. Ganz so, also würde das reichen und die Damen und Herren in der Landesregierung würden bereits zittern vor Angst im Angesicht dieser massiven studentischen Interessenvertretung.

## Was bleibt?

Meinungsbildung ist nicht Voraussetzunglos. Nur wer die Fakten, um die es geht, überhaupt zur Kenntnis nehmen kann, hat eine Chance zu dieser Meinungsbildung. Die Verbreitung von Informationen und das Ermöglichen von Diskussionsprozessen über diese Informationen, ist also ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Politik.

Demokratie kann eben nicht als einmaliger Akt gedacht werden, an dem diejenigen, die sich eine Meinung gebildet haben, eine Stimme abgeben. Demokratie umfasst auch den kontinuierlichen Meinungsbildungs- und Diskussionsprozess. Und genau den zu ermöglichen, hat sich das Basisdemokratische Bündnis zur Aufgabe gesetzt.

[julian.bierwirth@gmx.de](mailto:julian.bierwirth@gmx.de)



## → Bologna oder Frikassee

*Kaum bemerkt von der Öffentlichkeit wird der Europäische Hochschulraum umgepflügt – die Aussaat heißt Neoliberalismus.*

Im Februar 1995 legte der „European Round Table of Industrialists“ (ERT), in dem so namhafte Unternehmen wie Bertelsmann, Daimler oder Thyssen organisiert sind, ein Konzept vor, in dem er skizzierte, wie sich die europäischen Industriellen die „lernende Gesellschaft“ des neuen Jahrtausends vorstellen. (Education for Europeans – Towards the Learning Society). Um „effektiver auf die ökonomischen und sozialen Veränderungen antworten“ (S. 5) zu können, die den europäischen Staaten durch „externen ökonomischen Druck aufgezungen“ (S. 6) würden, schlagen sie eine massive Umstrukturierung des gesamten Bildungsbereichs, angefangen beim Kindergarten bis hin zu Universität und weiterführenden Bildungseinrichtungen vor. Sie monieren, dass das „Bildungssystem noch immer nicht vollständig auf die Bedürfnisse der europäischen Wirtschaft abgestimmt“ (S. 11) sei und die „Bildungsstandards in Europa massiv variieren“ (S. 12).

Für die Universitäten schlagen sie als Gegenkonzept konkret vor, die Zusammenarbeit von Industrie und Universitäten zu verbessern. Die Universitäten sollten ihre Studiengänge so gestalten, dass sie es „dem Studierenden erlauben aus unterschiedlichen Modulen zu wählen, die zu einem ausgeglicheneren Abschluss führen werden“ (S. 24). Spezialisierung solle „den erfahreneren Studierenden“ (ebd.) vorbehalten werden. Zu guter Letzt sollten „die Abschlüsse in ganz Europa kompatibel gemacht werden“ (S. 8) und selbstverständlich sollen die Abschlüsse in erster Linie auf das Berufsleben vorbereiten (Vgl. S. 13).

### Ziele des Bologna-Prozesses

Seit dem Juni 1999 hat dieses Konzept einen wohlklingenden Namen: Bologna-Prozess. Unter diesem Titel wurde es in der italienischen Universitätsstadt Bologna der breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Nun aber nicht mehr durch einen Club von Industriellen, sondern durch die große Politik, der es offensichtlich müßig war, all das noch einmal zu denken und die deshalb alle zentralen Ideen flugs vom ERT abgeschrieben hat. Die 33 erstunterzeichnenden Länder vereinbarten die Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums mit kompati-

blen und vergleichbaren Abschlüssen mit dem Ziel der „arbeitsmarktbezogenen Qualifizierung seiner Bürger“ (Bologna '99).

Zentral hierfür ist die Implementierung eines universitären Bildungssystems, das sich auf zwei Hauptzyklen stützt: Bachelor und Master. Ganz im Sinne des ERT soll bereits beim Abschluss des Bachelor eine „für den europäischen Arbeitsmarkt relevante Qualifikationsebene“ (Bologna '99) erreicht sein. Im ersten Zyklus sollen also im wesentlichen Kernkompetenzen erlernt werden. Erst im Masterzyklus soll (wie beim ERT) eine Spezialisierung möglich werden<sup>1</sup>.

Der zweite Aspekt ist die Modularisierung der Studiengänge. Unter Modularisierung kann ganz allgemein Verstanden werden, dass das Studium in Einheiten zergliedert wird, die im Hinblick auf ein gesetztes Lernziel konzipiert werden. Durch ein allgemeinverbindliches Creditpointsystem (ECTS), sollen die Abschlüsse Europaweit vergleichbar werden.

### Wohin geht es eigentlich?

Das dieses Konzept einige Haken hat, wird schon klar, wenn man sich die Bolognaerklärung etwas genauer betrachtet. Hier geht es nämlich nicht, wie es in den Sonntagsreden gerne heißt, um die Verbesserung der Mobilität von Studierenden, sondern um die „Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Hochschulsystems“ (Bologna '99).

Denn das Ziel der Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Abschlüsse hat im Zusammenhang mit der nun in Deutschland wieder voll entflammten Debatte um allgemeine Studiengebühren durchaus eine Janusgestalt: „Um einen wirksamen Wettbewerb der Hochschulen als Anbieter von Lehr- und Studiendienstleistungen um die Studierenden als KundInnen in Gang setzen zu können, müssen die Studierenden nicht nur zu Beginn ihres Studiums in der Lage sein, sich nach Maßgabe eines Qualitäts- und Kostenvergleichs der unterschiedlichen Anbieter für einen zu entscheiden, sondern auch während ihres Studiums und insbesondere beim Übergang von einem Studienzyklus in den nächsten den Anbieter zu wechseln.

Eine Analyse des Bologna-Prozesses vom „Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler“ (BdWi) gibt es unter:

☛ **Von Bologna nach Berlin**  
<http://www.bdwi.de/texte/001.htm>

Homepage des *European Round Table of Industrialists* mit Konzepten zur Umgestaltung des Bildungswesens. (Lebenslanges Lernen etc.)

☛ **ERT**  
[www.ert.be](http://www.ert.be)

Das Konzept des ERT von 1995:

☛ **Education for Europeans**  
[http://www.ert.be/pb/pbb/enbb\\_frame.htm](http://www.ert.be/pb/pbb/enbb_frame.htm)

Internetseite des wirtschaftsnahen „Centrum für Hochschulentwicklung“

☛ **CET**  
<http://www.che.de>

Positionspapier der Kultusministerkonferenz zur Umsetzung von Bachelor und Master

☛ **KMK: 10 Thesen zur Bachelor- und Masterstruktur**  
<http://www.kmk.org/doc/beschl/BMThesen.pdf>

Offizielle Seite der Bologna-nachfolgekonferenz in Berlin 2003

☛ **Bologna 2003**  
<http://www.bologna-berlin2003.de>

<sup>1</sup> „Bachelorstudiengänge müssen die für die Berufsqualifizierung notwendigen wissenschaftlichen Grundlagen, Methodenkompetenz und berufsfeldbezogenen Qualifikationen vermitteln.“ Kultusministerkonferenz (KMK): 10 Thesen zur Bachelor- und Masterstruktur in Deutschland, 2003

Voraussetzung hierfür ist wiederum die Kompatibilität der Studienstrukturen sowie die Übertragbarkeit der erworbenen Studienleistungen und Abschlüsse“ (Dr. Andreas Keller: „Von Bologna nach Berlin“, 2003)

Zusätzlich wird der Bildungsmarkt immer weiter internationalisiert. D.h. einzelne Module sollen quadratisch praktisch gut in andere Länder exportierbar sein und müssen sich dafür an allgemein verbindlichen Standards messen lassen können.

Der Versuch, die Vergleichbarkeit von Abschlüssen voranzubringen, muss also ebenso als Versuch gesehen werden, die Bildung zu einer marktauglichen Ware zurechtzustutzen und die Studierenden zu Kunden zurückzustufen, statt sie gleichberechtigt am wissenschaftlichen Prozess teilhaben zu lassen. In diesem Kontext ist es durchaus nicht unwichtig, dass die EU im Rahmen der Verhandlungen um die „General Agreements on Trades and Services“ (GATS) von den USA gerade die Öffnung des Bildungssektors für private Investoren verlangen. Denn das GATS beruht auf Gegenseitigkeit. Das heißt, das auch der EU bald solche Forderungen ins Haus stehen könnten.

Das Problem, das Bildung und Wissen sich gerade dadurch auszeichnen, schwer vergleichbar zu sein, und daher eigentlich marktuntauglich sind, beschäftigt im Moment die Studienkommissionen aller Fakultäten, da sie die Vorgaben der Vergleichbarkeit nun auf alle ihre Fächer anwenden müssen, ohne dabei die spezifischen Charakteristika der einzelnen Fächer angemessen berücksichtigen zu können.

Weitere Fallstricke sind in der genaueren Regelung zum Verhältnis von Bachelor und Master eingebaut. Der Bachelorabschluss kann mitnichten einfach mit der

Zwischenprüfung verglichen werden. So ist zwar ein erfolgreicher Bachelorabschluss notwendige aber nicht zwangsläufig hinreichende Bedingung um in den Masterstudiengang aufgenommen zu werden. In der Debatte erscheint kaum noch die Frage ob zwischen Bachelor und Master selektiert werden soll sondern in erster Linie wie und wie viel<sup>2</sup>. D.h. der Master soll nur für eine ausgewählte Elite offen stehen, die sich durch zusätzliche Prüfungen qualifizieren muss. Bereits jetzt überlegen Städte, wie z.B. Berlin, ihre leeren Kassen zu entlasten, indem sie niedriger entlohnte BachelorabsolventInnen als HilfslehrerInnen einsetzen. Der Bolognaprozess kann also mit Fug und Recht als ein großes Kostensenkungs- und Vermarktlichungsprogramm für Bildung bezeichnet werden. Die Kosten für die Ausbildung von durchschnittlich qualifizierten Arbeitskräften sollen reduziert werden, während die Elitenförderung verbessert wird. Gleichzeitig sollen die europäischen Bildungsangebote exporttauglich und der europäische Hochschulraum nach amerikanischem Vorbild für AkademikerInnen aus dem Ausland attraktiv gemacht werden (Brain Drain).

Last but not least gilt der Bachelor als vollwertiger berufsausbildender Abschluss. Dadurch könnten nach bisheriger Regelung alle Bafög Ansprüche von Masterstudierenden verfallen, was zusätzlich die soziale Selektion fördert, die sich ohnehin durch das gesamte deutsche Bildungssystem zieht.

All diese Veränderungen geschehen ohne bisher größere Aufmerksamkeit zu erregen. Es wird Zeit, dass sich das ändert und wir uns aktiv in diesen Prozess einschalten. Entweder um ihn zu stoppen oder ihm wenigstens das abzurufen was noch möglich ist.

[kallekunkel@gmx.de](mailto:kallekunkel@gmx.de)

<sup>2</sup> Vgl. hierzu exemplarisch: „Die Debatte um den Übergang vom Bachelor zum Master greift zu kurz, wenn sie sich auf die Frage fixiert, welcher Anteil und wer von den Bachelorabsolventen „weitermachen darf“ (...) Grundsätzlich aber gilt, dass weder eine Übergangsquote von nur 10 Prozent noch von 90 Prozent der Idee der Bachelor-Masterstruktur entspricht und die fachspezifischen und hochschulindividuellen „Quoten“ sich irgendwo zwischen diesen Extremen einpendeln werden.“ (Centrum für Hochschulentwicklung (CHE): „Die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge als Herausforderung für die deutschen Hochschulen: Handlungsfelder und Aufgaben“)

## **Gibt es eine Politik jenseits des Wahnsinns?**

Das Politik nicht notwendig etwas anderes als Autismus bedeuten muß, demonstriert wieder einmal die Bildungsdebatte. Die Ergebnisse der Studie Pisa 2 sind eindeutig: In Deutschland ist die Selektivität aufgrund der sozialen Herkunft größer als in den meisten anderen Staaten. Zufälligerweise ist das Angebot an Kindertagesstätten weit unter dem Durchschnitt.

Prof. Dieter Lenzen, Präsident der FU Berlin und Mitautor der Studie "Bildung neu denken" schlägt vor, Kinder schon ab 4 Jahren einzuschulen und mit 14 Jahren die Schulpflicht zu beenden. Alles was danach kommt, soll privat finanziert werden. Mit 17 Jahren hat man gefälligst Abitur, mit 21 zu Ende studiert zu haben.

Also: mit 14 reif für den Arbeitsmarkt, mit 17 ein selbst-bezahltes Abitur und wenn dann das Geld noch reicht, bekommt man mit 21 vielleicht seinen Master.

Für diesen Beweis sozialer Gerechtigkeit sagen wir: Danke!!

(siehe GT vom 30.11.2004)

## **Urabstimmung zum Semesterticket**

Vom 18. bis 21. Januar gibt es – zeitgleich zu den Uni-Wahlen – eine erneute Urabstimmung über das Semesterticket. Die Bahn bietet an, einige zusätzliche Strecken mit in das Ticket aufzunehmen. Dafür soll der Preis etwas angehoben werden. Genauere Informationen dazu gibt es in unserer nächsten Publikation.

### **Impressum**

Auflage: 3000 Stück

Kontakt: [basisdemokratischesbuendnis@listi.jpberlin.de](mailto:basisdemokratischesbuendnis@listi.jpberlin.de)

V.i.S.d.P. Alex Ryll

Alle Bücher, auf die in dieser Publikation verwiesen wird, sind im Buchladen Rote Straße zu finden:

mail: [buchladen@roteladen.de](mailto:buchladen@roteladen.de)  
Tele: 0551-43128  
Fax: 0551-711818  
[www.roteladenbuchladen.de](http://www.roteladenbuchladen.de)  
Öffnungszeiten:  
Mo-Fr: 10.00 - 18.00 Uhr  
Sa: 10.00 - 15.00 Uhr  
71073 Göttingen

